

**Ersteintrag**  
ber Saal- und Thüringen.

**Besatzpreis**  
monatlich 90 Pf. (incl. Porto) und bei post unentgeltlich. Bei Abnahme eines Vierteljahres 2,50 Mk.

**„Die Saale Welt“**  
(Abdruckausgabe), monatlich 30 Pf.

**Schriftleitung:**  
Herrn Dr. H. Kernprecher 200  
Scheidende: Montag bis  
11-1 Uhr mittags.

# Saale-Welt

**Anzeigengebühr**  
betragt für die 6 Spalten  
Balkenbreite bis zum Raum  
30 Pf. für ansonstige An-  
zeigen 50 Pf. Anzeigen unter  
dem Gesicht bis 10 Pf.

**Anzeigen**  
für die 6 Spalten Nummer  
müssen spätestens bis ver-  
mittels 9 Uhr in der Be-  
druftung abzugeben sein.

**Hauptgeschäftsstelle:**  
Herrn Dr. H. Kernprecher 1047  
Halle: Montag bis mittags  
11-1 Uhr mittags.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

### Die Militärdiktatur.

#### Die Zaberer Skandale vor dem Kriegsgericht.

Die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Zaberer Oberst a. Renteur, die jetzt in Straßburg vor sich geht, ist eine einbringliche Studie über das deutsche Verfassungsleben. Schon am ersten Verhandlungstag ist klar geworden, wie die Militärdiktatur herrscht. Nach der Verfassung hat die Zivilgewalt, also die Polizei, die sogenannte Ordnung aufrecht zu erhalten. Das erlaubt das Militär aber nur so lange, als es ihm paßt. (Glaubt es, die Polizei „schleife“ das bis an die Zähne bewaffnete Militär nicht mehr „auszudecken“ vor „Verleumdungen“, Lachen, Schelten und so Dreinschäufeln, als wollte man lächeln, dann ergreift der Militarismus sofort die Herrschaftsgewalt und richtet ein Schredenregiment auf. Mehr noch; in Zaberer hat sich gezeigt, daß die Militärgewalt von vornherein die Zivilgewalt ignorierte, schroff und kränkelnd behandelte und sich als Herr aufspielte. Der Oberst a. Renteur drohte mit Verhängung des Belagerungszustandes, das ganze Militärwesen spielte mit Untertwegen. Ja, wie die Verhandlung ergab, scheint manchem ein Schießen auf die Bevölkerung, auf Frauen und Kinder sogar als einzig angemessene Tat erschienen zu sein, um die „bedrohte“ Autorität aufrecht zu erhalten. Um die „Autorität“ des bunten Rodes durchzuführen, verwarf man rücksichtslos auch die beruflichen Staatsämter, ja sogar den Staatsanwalt und den Richter. Die Vertreter des Reiches wurden einfach in den Bombenfelder der Kaserne gesperrt — alles, um der Zivilgewalt zu zeigen, wie der deutsche Militarismus herrschen will.

Kun ist der Verantwortliche dieser Vorkommnisse vor Gericht gestellt. Das militärische Kriegsgericht soll entscheiden, ob der Oberst mit Recht so gehandelt habe. Es ist möglich, daß der Militarismus hier Konstatieren wird, der Reuter sei etwas zu weit gegangen. Möglich auch, daß ihm eine Strafe treffen wird. Das das Schlimme wird unter keinen Umständen geändert werden. Der Militarismus setzt in mer seinen Willen durch. Man bedenk, daß diese Vorgänge im Elsaß spielen, wo der Zivilgewalt, also den Kreisrichtoren und Bürgermeistern noch eine Art vollstümlicher Tradition innewohnt. Deshalb tritt die Herrschaft des Militarismus in etwas deutlicher Weise zutage. In Preußen — und darauf kommt es an — ist eine solche Sachlage für den Militärrangemess außerlich nicht zu beobachten, weil hier die „Zivilbehörden“ aus Tradition schon von vornherein die Wünsche des Militarismus ins aufs Tüppelchen überm i respektieren. In Preußen ist die Polizei der einfache Diener der Militärdiktatur. Was sich bei Konstaten in Preußen einmal ereignet wird, kann man sich denken. . . .

Der Reuter-Frage läßt jetzt einen Einblick in das System tun, den man so bald nicht wieder in solcher Helligkeit haben wird. Für unsere Rechts- und Verfassungskämpfe, vor allem auch für den großen sozialen Kampf der Arbeiterklasse haben diese Vorgänge ganz außerordentlich große Bedeutung. Bald wird die Volkserziehung, der Reichstag, zu sprechen haben, da er diesem System die Millionen bewilligen muß. Wäre der Reichstag jetzt entschlossen, Volksworte zu ertragen, es wäre ein leichtes. Denn der Militarismus ist jetzt im Volke so distribuiert, daß die Regierung nachgeben müßte. Sie könnte keine Reichstagsauflösung wagen, wenn der Reichstag erklärte: erst demokratische Reformen in der Armee, erst erweiterte Volksworte, dann erst Militärdiktatur. Aber die Liberalen werden ja nicht mitmachen, weshalb sich keine entschlossene Reichstagsmehrheit finden wird. Man wird Worte machen, Medien halten und wieder bewilligen. So geht das alte Spiel weiter.

Aber doch nicht ganz! Denn den Volksmassen kommt durch alle diese Vorgänge doch die Erkenntnis, daß allein die soziale Demokratie das Ziel sein kann, das allgemach erreicht werden muß. Deshalb wird die Sozialdemokratie mit einer Stärkung und Erweiterung ihrer Macht im Volke zu rechnen haben. Die Machthaber wollen es so!

#### Fall Kronprinz und Fall Jagow.

Beide sind bezeichnend für das System. Wie die Berliner W. hört, hat der Kronprinz zwar nicht an General a. Demling, noch aber in der Tat an Oberst a. Reuter ein Telegramm geschickt, in dem er ihn zu einer forchen Stellung befähigt. Diese Anrede des Kronprinzen veranlaßt eine Beratung der maßgebenden Persönlichkeiten, in der beschlossen wurde, den Kronprinzen binnen 24 Stunden von Danzig abzurufen.

Die Mächtigkeit dieser Angaben ist natürlich nicht zu unterschätzen, aber es ist sehr auffällig, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung noch seine Gültigkeit über diese neue Bestätigung des Kronprinzen hat verlaufen lassen.

Inzwischen ist der Fall Jagow „erledigt“ worden. Aus konserverbatter Quelle wird gemeldet, daß sich die ganze Aktion gegen den Jagow auf eine amtliche — Widerspruch des Ministers des Innern mit dem Polizeipräsidenten beschränkt. Das Staatsministerium habe sich mit der Sache überhaupt nicht befaßt. Der Minister habe „keine Veranlassung“ gesehen, gegen Herrn v. Jagow dienstlich vorzugehen, da seine publizistische Äußerung eine reine private Äußerung gewesen sei.

Das ist echt preussisch, was find wir wieder imilde. Inzwischen wird auch bekannt, daß die kommandierenden Generale, die an Reutich bei Bismarck II. verbannt waren, den Jagow als einzigen „Zivilisten“ zu ihrer Kategorie zogen. Das sagt genug.

### Verhandlungsbericht.

Wie wir gestern schon meldeten, begann am Montag die Verhandlung gegen den Oberst a. Reuter und den Leutnant Schadt vor dem Straßburger Kriegsgericht. Reuter betonte, er allein trage die Verantwortung für all das, was seine Untergebenen getan haben. Die Zivilisten hätten das Militär beleidigt, aber sie seien nicht ausreichend bestraft worden.

Die Meldung unfreies Versicherersalters — P. B. — sagt nun weiter:

Am 6. November abends habe er zufällig im Zaberer Anzeiger die „Wacht“-Ärztliche des Leutnants von Rörner gelesen. Er habe am anderen Morgen den Leutnant Rörner kommen lassen und dieser habe ihm erklärt, daß er so etwas Ähnliches gesagt habe. Er habe dann schriftlichen Bericht gefordert und die Untersuchung eingeleitet. Die Untersuchung sei, wie die Untersuchung ergeben habe, nur beabzweckungseigentlich und zwar infolge der Auffassung, die Mannschaften und Unteroffiziere das Gefühl haben, Reutich hätten sich doch gegen Zivilisten, so müßten sie sich eben so verhalten. Eine Verlesung des Leutnants v. Rörner war schon deshalb nicht angezogen, da ja die Unterordnung noch nicht abgeklüffelt war und Leutnant v. Rörner überhaupt vernommen werden mußte. Einige Tage später sei ein Oberleutnant zu ihm gekommen und habe ihm gemeldet, daß die Zivilbevölkerung gegen den Leutnant v. Rörner

#### eine Demonstration plante.

Er habe um Schutze bei der Polizei gebeten, dort sei aber nur ein Schutzmann gewesen. Nur der Strafe war eine große Menschenmenge. Er habe dann eine Ansprache gehalten, da ihm die ganze Geschichte fürchterlich komisch vorgekommen sei. Die Ansprache, die seine Volkstred gewesen sei, habe keinen Erfolg gehabt, er habe sich dann gesagt, daß in der Wirtschaft, wo Rörner mit seinen Kameraden saß, leicht Schlägereien entstehen könnten und die Offiziere darüber noch die Uniform verlieren würden. Er sei darum in die Wirtschaft gegangen und habe die Offiziere befragt und mit ihnen ins Kasino gegangen. Die Menschenmenge habe dem Leutnant Rörner Schimpfparole nachgerufen; er (der Oberst) habe selbst keine Ruhe abert. — In Straßburg, wo er dienstlich zu tun gehabt habe, sei er von einem Bekannten aufmerksam gemacht worden, daß am Sonntag wieder Demonstrationen in Zaberer zu erwarten seien. Der Redakteur des „Wachtblatts“ habe ihm auch mitgeteilt, daß Unruhen entstehen würden. Das sei ihm wichtig schätzend gegenüber dem Verhalten der verfassungstragenden Regierung. Er habe dann sofort die Wache verlassen lassen, den Kreisdirektor um Schutze gebeten und geschickt, daß er als Garnisonsältester

#### in kurzer Frist den Belagerungszustand verhängen werde.

Wenn die Polizei nicht energisch einschreite. Am 28. November war wieder großer Aufruhr auf dem Schloßplatz. Er habe den Leutnant Schadt den Auftrag gegeben, einen der Schreier festzunehmen.

Später sei ihm gemeldet worden, daß die Mannschaften sich beim Leutnant v. Rörner mit den Worten: „Ach bin ein Reuter“ weiden mußten. Rörner ist das Wort bekräftigt worden, eben so auch für die unglückliche Bahnarbeiter-Gesellschaft und Karren bedingenden Anhalts habe er und seine Offiziere bekommen. Eine Karte lautete: „Wenn Sie und der Leutnant Rörner nicht bald Maß-Verordnungen verlassen, werden Sie niedergeschlagen. Gehen Sie doch wieder zu den preussischen Kameraden.“ In zwei Bahnen wird ja in Elsaß-Lothringen die französische Sprache verboten und die französische Arbeiter und die Deutschen wie Spreu weggefegt. Unterdrückung der Karte: „Ein Häfiser, der bei Euch dienen muß, aber Euch anspricht.“ Auf den Strafen sei hinter Rörner hergegangen: 10 Mk. per. Verhaft. . . . Als Rörner die Schreier festgenommen hatte, teilte er dies dem Kreisdirektor mit. Im übrigen habe er bis zur Einbruchzeit, daß man

#### im zum Karren halten wollte.

Um den Belagerungszustand ein Ende zu machen, sei der Leutnant Schadt mit einem ganzen Zuge angetrieben; er habe die Gewehre laden, die Trommel rühen lassen und

#### das Publikum auseinandergeprengt.

Auf dem Schloßplatz war eine große Menschenmenge. Er habe den Kreisdirektor telephonisch Mitteilung gemacht, aber der Kreisdirektor sei nicht gekommen. Später habe er es wieder, daß der Bürgermeister krank im Bett gelegen habe. Durch das

#### Festhalten der Reute im Bombenfelder

habe er erreicht, daß die Ausführenden nicht wieder vorstamen. Auf die Mitteilung des Regierungsassessors Großmann, daß es zum Schießen kommen könne, habe er gelangt, es solle ruhig zum Schießen kommen. Er ist auch gut, wenn es zum Schießen kommt, denn nur dann merkt das Volk, wie ernst die Situation ist.

Auf die Frage, ob er sich der Rechtmäßigkeit seiner Handlung bewußt sei, erklärt er, er sei dem Kaiser nur dafür verantwortlich, daß nichts Schlimmes passiere. Auf die weitere Frage, ob er Regierungsassessor Großmann, der Stellvertreter des Kreisrichters, erklärt habe, er wolle für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen, erwidert er, davon sei ihm nichts mitgeteilt worden. Er habe das Gefühl gehabt, daß die Polizei vollständig ohnmächtig sei.

Darauf wird der Angeklagte Leutnant Schadt vernommen. Er erklärt: Seitdem die Artikel im Zaberer Anzeiger erschienen seien, seien die Offiziere auf der Straße häufig beleidigt und verhöhnt worden. Die Offiziere seien vollständig geschlossen gewesen. Als er die Bestimmung vorkam, sei an dem fraglichen Freitag der Landgerichtsrat Kallisch auf dem Schloßplatz gestanden und habe eine herausfordernde Haltung eingenommen und erklärt, er (Schadt) habe ihm nichts zu sagen. Darauf sei er gefolgt worden. Das in den Belagerungszustand sei der Hauptmann Stein an die Wache gefahrt habe, sei nicht wahr. Er habe auch nicht gefahren, das Stein gefahrt habe, er habe aber das Gefühl gehabt, daß geschickt wurde. Auch von den anderen Angeklagten habe er nicht gefahren, daß sie gefahren hätten; denn

#### die Menge sei zu feige gewesen.

den Soldaten im Befehl zu laden. Im übrigen habe er sich mit dem Publikum nicht herumgeschlagen, dazu hände er als preussischer Offizier zu hoch. Die Offiziere seien durch die geordneten Ranz aus dem Hause geschickt habe, habe er Befehl gegeben,

#### das Haus zu türmen.

Neun Ranz habe ihm dabei erklärt, daß er sich eines Hausfriedensbruches schuldig mache. Der binsingelommene Regierungsassessor Großmann verbrach denn den jungen Reuter mit dem Hausfriedensbruch. Er habe über dem Polizei nicht richtig, daß der junge Mann wegen Aufhebung des Hofes und wegen A uelendung festgenommen sei (man denke: weil er gelacht hat! Red.). Auf sich herausstellte, daß er unschuldig sei, wurde er wieder entlassen. Er (Schadt) hält sich zu seinem Werk, eben beschuldigt, da er im Intimationsbüro selber gefahren habe, daß man auf freier Tat jemand verfolgen und festnehmen könne.

#### Seugenernehmung.

Als erster Zeuge wird Kreisdirektor Maßl vernommen. Er sagt aus: Am 5. November begannen die Unruhen. Er empfand es als Kränkung, daß der Oberst ihn nie benachrichtigt habe. Vom Militär wurde er völlig ignoriert. Er traf alle Maßnahmen, die möglich waren; Verbarmen, Besetzt, Kreisdirektor wurden zum Aufgehen an die Feuerwehre wurde bereitgehalten. Von diesen Maßnahmen habe er dem Oberst Reuter Mitteilung gemacht, er habe ihm auch geschrieben, daß

#### nur der Kaiser den Belagerungszustand verhängen könne.

Reuter schickte ihm seinen Brief wieder zu rüd mit dem Vermerk, daß sich auf der Straße viele Leute anlangten, und daß er im übrigen über seine Pflichten orientiert sei. Am Montagabend wurde auf dem Schloßplatz die Wache mit einem Rindern. Er hatte gesagt: „Wir geben nicht ins Kino, auf dem Schloßplatz ist mehr los.“ Er sei überzeugt, daß die Unruhen nicht vorgekommen wären, wenn nicht Rörner Dienst gehabt hätte. Die Unruhen hätten sich die jungen Offiziere auf der Straße betragt.

#### ihren Säbel schlafen lassen.

einer Karte sogar einen Hund mit. Leutnant v. Rörner kam aber nicht an der Spitze der Schabtraher mit einer Fahne im Mund und aus dem Hause und überhaute lächelnd die Menge. Das wollte aufreizen. Auf die Frage, warum er (der Kreisdirektor) als der jüngere nicht zum Oberst gegangen sei, erklärte der Zeuge, er sei der Ansicht, daß Reuter, wenn er etwas von ihm wollte, zu ihm kommen müßte. Der Bürgermeister habe auf dem Schloßplatz, wenn der Oberst die Kinder zu verhängen, Dienst nach der (Zeuge) den Oberst auf dem Balkon. Erst gab man sich die Hand, dann

#### fuhr Reuter ihm (den Kreisdirektor) im Kaserment an.

Reuter war der Meinung, er sei durch Maßl angeleitet worden. Zu dieser Aussage bemerkt der Oberst Reuter: Der Kreisdirektor sei auf dem Bahnhof sehr höflich auf ihn ausgenommen. Weil aber der Kreisdirektor sagte: „Kommen Sie mit mir kommen können“, habe er ihm erklärt: „Ihre Maßnahmen sind nicht genügend gewesen.“ Maßl sagte dann ferner aus: Die Offiziere, die bei dieser Begegnung dabei waren, äußerten, sie wären entsetzt gewesen, wie Reuter den Maßl angefahren hätte. Der Statthalter habe zu ihm gefahrt: „Reutich, Reutich, ich habe Reutich, wenn du Service etwas von Ahnen will, so leh' er zu ihnen kommen.“ Der Zaberer Anzeiger habe allerdings einen bösen Artikel gebracht und diesen an seinem Geschäftsführer angehängelt. Man hätte ihm davon Mitteilung gemacht. Er hätte das Anschauen der Zeitung nicht verbieten können, aber er sollte auf anderem Wege durch, das bei betreffende Artikel vom demerz Welt des Hauses entfernt wurde. Auf eine Pressekonferenz des Verteidigers sagte Maßl, daß er viel mehr, als bekannt sei, für die 99 er getan habe. Am 20. November war alles ruhig. Maßl hatte abends Gäste und wurde beim Essen von Reuter angefahren, der ihn benachrichtigte, daß ihn ein solches Verhalten seien. Darauf ging er sofort auf die Straße, wo ihm an der Tür mitgeteilt wurde, daß schon jemand verhaftet sei. Er traf Leutnant Schadt, der mit seiner Patrouille auf der leeren Straße auf und ab lief. Maßl fragte den Leutnant, warum er dies tue, worauf dieser entgegnete, er sei beschuldigt worden, auch daß er sich nicht auf der Straße bewegen darf der Kreisdirektor, daß er angeht, das Auftritts des Leutnants Schadt die Auffassung bekam, der

#### Leutnant Schadt habe wohl zu viel getrunken.

Der festgenommene Kaufmann Kahl habe gefahrt und auf ihn nicht den Einbruch gemacht, als er ein etwas Unzufrieden benangene habe. Daß Kahl a e a h habe, ist doch möglich. Am folgenden Freitag war er beim Einbruch im Reutich in Straßburg. Dort war ein Telegramm vom Redakteur Kallisch



er seine  
nd kann  
von her  
sich ein  
effizient  
mit dem  
Intrages  
er Höhe  
stlich ist  
erfahren  
und das  
a vor-  
stmäßig  
stfahigen  
  
gefallen.  
zuwendet  
nach  
Minister  
Die im  
leg für  
ben für  
den Auf-  
statorisch  
Winger  
die Rechte  
das ge-  
würden  
sicht aus  
ind, wie  
sich Ver-  
militärisch  
gehaltener  
Aufwand,  
Verdächt-  
Spionage  
en.  
  
Dem an-  
nen-Sand-  
ausgehen.  
von Mon-  
Cimant.  
die Frei-  
in all um  
zu Befol-  
nungen  
lassen in  
den, die  
entworfen  
sind sich  
um Bohmungs-  
s Ge-  
Nachfragen  
säge zur  
zu ver-  
waltungs-  
stellt we-  
  
nister, ein  
samtmals.  
Nede, die  
sstellungen  
s ist un-  
ende gute  
und. Auf-  
drängung  
Willens-  
den diese  
gliche  
reichen  
sich  
sich fort  
Bland hat  
stimmung  
würden.  
n. Bemm  
noch an  
da wir  
teuren  
n. Die von  
  
nde weiß  
ie groß  
unkemlich  
markiertes  
ungriff  
g hat zu  
General.  
Das Er-  
te jedoch  
die 900  
urch die  
men aus-  
tion an  
slo fess  
für das  
  
Millionen  
ngen auf  
stößigen  
ist also  
en bleibt  
offiziers-  
ich eine  
um in  
deshalb

nicht weniger, d. h. 200 Millionen Franz jährlich. Alles in allem dürfte das zu bedende Defizit sich auf eine Milliarde belaufen.  
Bestimmte Vorlagen über die Deduktion des Zehntaus auf Herr Gailkour der Kammer noch nicht unterbreitet. Er hat aber bereits erklärt, daß es seine indirekten Steuern vorzuziehen will. Die außerordentlichen Einnahmen sollen durch eine in etwa 15 Jahren amortisierbare Anleihe gedeckt werden. Die Deduktion der Anleihe soll durch eine Erhöhung der Erbschaftsteuer aufgebracht werden. Die Einkommensteuerreform soll 150 Millionen mehr einbringen. Den Rest — also mindestens 450 Millionen — will Herr Gailkour durch eine Vermögens- oder Vermögenssteuer aufbringen.  
Das Ministerium Doumerque kann sich also auf eine weitende Kampagne der gesamten Reaktion gefaßt machen. Die großen Gefährde werden es sich etwas leisten lassen, um das Ministerium wenigstens noch vor den kommenden Wahlen zu bringen, jedenfalls aber bei den nächsten Wahlen alles brauchen um eine „gute“ Mehrheit zu erzielen. Die triandrische Partei soll diesen Zweck erfüllen. Die Radikalen werden der reaktionären Demagogie leicht Herr werden, wenn sie für eine entschiedene demokratische Politik emporsteigen. Die sich nicht bloß auf die Camerung der Finanzen beschränkt. Unmöglich ist eine entschlossene Haltung der Radikalen nicht, denn es geht ihnen um Kopf und Krone. Jedenfalls gehen wir „ungeheimlich“ Zeiten entgegen...

### Schweiz.

**Sozialdemokratie und Militarismus.** In der Dezember-Sitzung des Schweizerischen Nationalrates hat die sozialdemokratische Delegation einen scharfen und unerbittlichen Kampf gegen die Herren des Offizierskorps, die untere demokratische Politik in einen oligarchischen Militarismus verwandeln wollen, geführt. Mit fittlicher Entrüstung hat der Sprecher des Bundesrates unter Verfall der bürgerlichen Mehrheit unsere Genossen „heimgeschickt“. Außer den bürgerlichen Deputierten der betreffenden Landesteile, in denen Überanforderungen der Soldaten und Wäldungen der Bürgerwürde des Wehrmanns in den letzten Wochen vorfallen, also außer denen, die aus Mandatsgründen mit unseren Genossen: einig gingen, waren die bürgerlichen Neben getragen von jenem Geiste, den man bei uns als Schlingensiefel-Patriotismus nicht mit Unrecht bezeichnet. Um ganzen bürgerlichen Lager und besonders bei der „mangelnden“ bürgerlichen Presse hieß es, die Sozialdemokratie habe nutzlos kritisiert.  
Käserlich! Der Bundesrat hat sich genötigt gesehen, im Militärreformungsblatt vom 1. Januar einen Dienstbefehl an die Offiziere zu erlassen, der eine glatte Reklamation der Sozialdemokratischen Kritik ist. Dieser Dienstbefehl bedauert die Offiziere die Mannschafft ja nicht zu überanforderungen und nicht zu meinen, daß die Sorge für die Gesundheit der Mannschafft einzig Sache der Sanität sei; es wird da die von den Sozialdemokraten gewünschte Verantwortlichkeit des Truppenoffiziers ausdrücklich gefordert. Außerdem werden die Wehrübungen, die nichts weiter als sportliche Sühnerfolge sind und die gar keinen militärischen Wert haben, beurteilt, so indirekt als die sonstigen Jungfräulein-Wanderer, dreitausend Meter über dem Meer. — Soweit der Dienstbefehl. Freilich die Herren Offiziere haben ein beratungsgewandtes militärisches Selbstgefühl, daß zuerst einmal mit dem eifrigen Wehen gefügt werden muß, bis beratige Befehle beachtet werden.

### Balkan.

**Regierung und Bauernpartei in Bulgarien.** Die Abgeordneten der Bauernpartei, welche die härteste oppositionelle Gruppe in der Sobotniza darstellt, beschließen, sich jeder Teilnahme an der Regierung zu enthalten, keinerlei Verpflichtungen zu übernehmen, kein Ministerium, welcher Richtung immer, zu unterstützen und sich streng an die jüngsten Beschlüsse des Kongresses der Partei zu halten.  
Sofia, 5. Januar. Da das Kabinett noch nicht gebildet ist, hat sich die Sobotniza bis zum 10. Januar vertagt.  
**Ministerkrise auch in Rumänien.** In der Erwiderung auf eine Interpellation erklärte der rumänische Ministerpräsident Majorecki: Die gegenwärtige Regierung sei gebildet und das gegenwärtige Regiment sei gewählt worden zu dem Zweck, die durch die internationale Lage Rumaniens während der Balkankrise gestellten „Probleme“ zu lösen. Da diese Mission erfüllt sei, werde die Regierung ihre Demission geben und dem Könige amheimstellen, an das Land einen neuerlichen Appell zu richten, um sich durch Neuwahlen über die Probleme der inneren Politik zu äußern. — Die Regierung will noch vor dem Wiederantritt des Parlamentes zurücktreten.  
**Die albanische „Thronkrise“** scheint wieder neue Schwervorgänge zu ergeben. So vertritt eine Partier selbständig-griechische Delegations-Agentur eine Meldung aus Valona, wonach der aus Albanien kommende frühere Kriegsminister Isak Pascha von Essad Pascha und Ismael Kemal erwidert worden sei, daß er eingetreten, daß Albanien eine mosammedanische Regierung erhalte, da die Kandidatur des Prinzen zu Weib die Unparteilichkeit der nichtchristlichen Bevölkerung ernst habe. Zu es wird sogar behauptet, daß schon alle militärischen Vorbereitungen im Gange seien, um die Ansprüche Isaks Paschas ebenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Auch wenn die Meldung übertrieben sein sollte, so kann man ihr jedenfalls entnehmen, daß das albanische Volk dem im „Herrscher“ zugehabten Prinzen zu Weib einen äußerst warmen Empfang bereiten wird.

**Die bulgarische Ministerkrise** fand ihre Lösung dadurch, daß Ferdinand sämtliche Mitglieder des Kabinetts Radoslaw in die wieder zu Ministern ernannte. Das Ministerium des Auswärtigen wird auch weiterhin von Radoslaw geleitet werden.

### Mexiko.

Ein Umwälzung zugunsten Quieros soll sich einer Meldung der Londoner Times zufolge, in Washingtoner Regierungskreisen „bemerkbar“ machen. Niemand wüßte mehr eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten. Man hoffe vielmehr, daß es den mexikanischen Bundesstruppen gelingen werde, endlich der „Rebellen“ Herr zu werden. (2).

### Aus der Partei.

#### Ausfall sozialistischer Führer.

Mit der Ausschlußkandidatur der Parteiorganisation des Streikes Solingen gegen einige Führer des sozialistischen Industriearbeiter-Verbandes beschäftigte sich am vergangenen Sonntag das mehrerhebliche Agitations-Komitee. Das Urteil lautete gegen die Gehaltsführer Ein, Braun, Witte und den Arbeiterleiter Ehardt auf Ausschluss aus der Partei. Die vier Genannten hatten seit Jahren die Partei und einzelne Parteigenossen durch Artikel im „sozialistischen“ Arbeiterarbeiter in der geschäftlichen Weise belästigt. Gegen einen fünften Angeklagten wurde auf eine scharfe Rüge erlassen.

### Gewerkschaftliches.

**Innungen dürfen Ausperrungen nicht erzwingen.**  
Im Frühjahr des vorigen Jahres machte der Versuch der Breslauer Tapezierer-Innung, die Mitglieder der Innung durch Ordnungsgeldstrafen zur Ausperrung der Tapezierer-Schichten zu zwingen, beachtliches Aufsehen.  
Nur ein Teil der Innungsmitglieder sollte diesem Verlangen nicht ausperren, wurden darauf vom Vorstand der Innung in eine Ordnungsgeldstrafe von 20 M. genommen. Außerdem wurde angeordnet: „Sie haben sofort den Ausperrungs-Befehl auszuführen, sofern Sie nicht innerhalb 24 Stunden in eine neue Innung eingetreten sind.“  
Die Ausperrung selbst war ein Schicksal im Wasser und nicht schon nach einer Woche zurückgezogen werden, aber es war notwendig, die Angelegenheit dieses Vorganges des Vorstandes der Innungsmittglieder nachzuweisen. Wie sich später herausstellte, hatte der Obermeister vor der Verhandlung der Ordnungsgeldstrafen mit dem Syndikus der Breslauer Gewerkschaften und einem weiteren Juristen beraten; es war ihm erklärt worden, daß eine Innungsmittglieder zur Ausperrung der beidseitigen Gehilfen zu zwingen.  
Eine Verleumdung beim Breslauer Magistrat, der Aufsichtsbekannt für die Innungen, hatte keinen Erfolg. Zwar wurden die Strafen selbst aufgehoben, so daß die betroffenen Innungsmitglieder nicht zu zahlen brauchten, aber die Aufhebung der Strafen erfolgte nur aus formellen Gründen. Der Obermeister hatte im Eifer übersehen, daß laut Innungstatut Strafmandate von zwei Vorstandsmittgliedern unterzeichnet sein müssen. Die Innungstatuten waren dem Vorstande das Recht, gegen Zuwiderhandelnde Geldstrafen zu verhängen. Der Aufsichtsbekannt habe im guten Glauben gehandelt.  
Gegen diese Verleumdung des Amtsanwalts wurde Beschwerde beim Landesausschuss erhoben, aber auch hier ohne Erfolg. Der Erste Staatsanwalt verurteilte in mehrfacher demselben Sinne; es handelt sich bei dem Verstoß um Missetaten der Mitglieder. Wenn der Aufsichtsbekannt gekört haben sollte, so läge ein öffentlich rechtlicher bzw. strafrechtlicher, nicht aber ein

strafrechtlicher Verstoß vor. Die Frage aber, ob die Innung eine außerordentliche Ausperrung anordnen kann, ließ diese Entscheidung litig sein.

Prozent der Vertigung wurde nunmehr Beförderer beim Oberlandes-Gericht erhoben, das den Beförderer-Isabur: ebenfalls abschlägig beschied. Es führte aus: Der Beförderer sei keineswegs gegen § 153 der Gewerbeordnung, aber auch kein anderes gerichtliches Handeln hinsichtlich nachdrücklich. Es könne schon Bedenken unterliegen, ob ein Beförderer eine Innungsmittglieder als eine Verabredung im Sinne der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung zu beurteilen ist, weil eine Verabredung die Zustimmung eines jeden Teilnehmers voraussetzt, was bei einem Beförderer nicht der Fall ist, wenn er nur durch Zustimmung der Mehrheit der abstimmenenden zustande gekommen ist. Das Einfordern der Geldstrafe ist keine Drohung im Sinne des § 153. Zum Verfolge einer Drohung gehöre in diesem Falle nicht nur das Wissen davon, daß eine Drohung vorliege, sondern das Bemühen, daß diese Drohung verboten ist. Dem Aufsichtsbekannt wurde auch hier der gute Glaube nicht verweigert, er habe sich in einem Rechtsirrtum befunden, in einem Irrtum über die Anwendbarkeit der Gewerbeordnung, es habe ihm das Bemühen in der Rechtsmitteligkeit seiner Handlung gefehlt. Demgemäß ist der Antrag unbegründet.

Der Obermeister wird also nicht wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung unter Anklage gestellt. Die Vergründung des Verstoßes, soweit sie dem Obermeister den „guten Glauben“ als anlageausfühlend subjugiert, ist nicht mehr wirksam. Wichtig ist aber der Befehl des Breslauer Oberlandesgerichts für unsere zukünftigen gewerkschaftlichen Schritte. Dementselbst, daß das Oberlandesgericht klipp und klar auspricht, daß objektive eine Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung vorliegt. Anerkannt wird, daß der Innungs-Befehl, nicht ausperrende Innungsmitglieder sind durch Ordnungsgeldstrafen zur Ausperrung zu zwingen, einen unzulässigen Eingriff in das gesetzlich gewährleistete Recht der Innungen darstellt. Sein Recht, Arbeiter anzunehmen (aber, wie in diesem Falle, zu behalten) darf nicht durch Innungsbeschlüsse eingeschränkt werden. — Die Ablehnung einer Anklage gegen den Obermeister erfolgte danach lediglich deshalb, weil er sich über die Anwendbarkeit der Vorschriften des Oberlandesgerichts erkennt im Tatbestand eine Verletzung des § 153 an, so daß für die Zukunft den Innungsleitern die Ausrede genommen ist, sie handelten im „guten Glauben“, wenn sie veruchen, bei Lohnfälschern unzulässigen Zwang auf ihre Mitglieder auszuüben.

### Jubiläum des Bildhauer-Verbandes.

Vor 25 Jahren, zu Anfang des Jahres 1890, begann der neugebildete Vorstand des von da an zur modernen Gewerkschaft ausgehenden Innungsverbandes der Bildhauer seine Tätigkeit. Der Vorstand der Innung wurde am 1. Januar 1891, so ist doch vom Jahre 1890, mit der Eingetragenen der Zentralleitung von Stuttgart nach Berlin und der Wahl des neuen Vorstandes, der organisatorische Aufstieg zu bezeichnen. Damals, bei der Eingetragenen, zählte der Verband 1900 Mitglieder; die Mitgliederzahl stieg rasch, bis sie im Jahre 1906 mit etwas über 5000 ihren Höchststand erreicht hatte. Seitdem trat eine starke Krise im Gewerbe ein, die auf die Innungsländer wirkte. Die große Ausperrung in der Volkswirtschaft 1907 zog auch das kleine Gewerbe der Goldschmiederei hart in Mitleidenschaft. Vor allem aber hat die Stillrichtung in der Goldschmiederei viele Bildhauer bedrückt. Innungsmitgliedern genügt und sie zu anderweitiger Tätigkeit gezwungen. So kam es, daß der Verband heute nur noch rund 3800 Mitglieder zählt. Deshalb ist im Verbandsrat auch schon viel die Frage ventiliert worden, ob der Anstoß auf eine größere Organisation für die Berufsangehörigen nicht praktischer sei, eine Frage, die dadurch einige Schwierigkeiten bekommt, weil im Verbandsrat Dohly und Ziemlichbauer vertreten sind, die bei der Auflösung der Innungsmittglieder zwei anderen Verbänden zugeführt werden müßten, die aber doch wiederum gleiche Berufsinteressen haben.  
Ebenam hand der kleine Verband der Bildhauer mit an der Spitze der beruflichen Gewerkschaften. In den vergangenen Jahren, zu einer Zeit, in der die ibrigen Berufe erst schwache gewerkschaftliche Anzeichen zeigten, waren die Bildhauer nicht den Vorkämpfern prozentual am härtesten organisiert; 65 bis 68 Prozent der Berufsangehörigen gehörten der Innung an. Die Innungsländer der Innung zeigt ein etwas anderes Bild. Weil der Verband von 25 Jahren betrug der Innungsbestand 45 500 M., jetzt bezieht er sich auf 151 150 M.  
Mit diesem Jubiläum der Innungsmittglieder blüht der erste Verband des Verbandes, Paul Dupont, auf eine glänzende Tätigkeit als Vorberiber des Verbandes und Mediateur des Fabrikans jurid.

**Lohnkämpfe in Südafrika.** Zwischen den Vereinten von Natal und den Grubenbetreibern ist über alle Punkte mit Ausnahme des Tagelohnes eine Einigung erzielt worden. Die Arbeiter erwarpen jetzt das Anrecht der Grubenbetreiber von 17 Schilling täglich. — In Durban sind 150 einheimische Arbeiter in den Ausbruch getreten. Sie fordern eine Erhöhung ihres jetzt zwölf Schilling betragenden Tagelohnes um 2 Schilling.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

# Grosse Aufsehen

erregen die billigen Preise unseres diesjährigen Saison-

## Räumungs-Ausverkaufes.

Unübertroffene Vorteile. **Geschäftshaus** Denkbar beste Kaufgelegenheit.

Besichtigen Sie gefl. unsere Schaufenster!

# J. LEWIN

Besichtigen Sie gefl. unsere Schaufenster!

Halle an der Saale, Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140107-18/fragment/page=0003

DFG















Halle, 7. Januar

# Verhaltens Beilage

des hällischen Volksblattes.



Nummer 5 — 1914.

So eine wahre, warme Freude ist nicht in der Welt, als eine große Seele zu sehen, die sich gegen einen öffnet.

## „Aktuelles“ aus alten Zeitungen.

In einem überaus verdienstvollen Werke Das Neueste von gestern, das im Verlag von Albert Langen in München erschienen ist und im ganzen fünf Bände umfasst, hat Oberleutnant v. ... eine unendliche Fülle von kulturhistorisch bedeutsamen Material aus den deutschen Zeitungen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zusammengetragen. ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... im Jahre 1789, die sich mit der Erfindung des ... beschäftigt, ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

... aus Edinburgh in Schottland, die Frauenhüte ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

Septimus kam alle Tage. Es war ihm lieb, aber nicht um der Krankheit willen, die ihm ganz gleichgültig war. ...

## In schlimmen Händen.

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

Man konnte schätzte dem Geistes die Hand, als die Feuerschlacht beendet war. Er fühlte wohl, daß er zu ihm gesprochen hätte. Er wollte aber doch nicht mit den anderen zusammenkommen, weil sie nicht von allen Seiten darum gebeten wurde. ...

## Die Leistungsfähigkeit der Chinesen

In der Literatur erzählt ein geheimer Kenner der neuen Route, M. Well in London, allerlei Interessantes über den Volkscharakter und die Eigenschaften der Chinesen. ...

In der Literatur erzählt ein geheimer Kenner der neuen Route, M. Well in London, allerlei Interessantes über den Volkscharakter und die Eigenschaften der Chinesen. ...



